

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL INNSBRUCK	
Eing.	15. Mai 2024
Gesch. Z.



Antrag an das Tiroler Wirtschaftsparlament, Sitzung am 05. Juni 2024

Innsbruck, am 15. Mai 2024

ELTERNCHAFT FÜR SELBSTSTÄNDIGE ERLEICHTERN – WOCHEN- UND KINDERBETREUUNGSGELD ADAPTIEREN

Begründung:

Die österreichische Wirtschaft wird weiblicher: Etwa 50% der Neugründer:innen sind Frauen – vor 30 Jahren waren es noch halb so viele. Mittlerweile sind auch 47% der WKÖ-Mitglieder Unternehmerinnen. Gleichzeitig lässt sich aus den Zahlen der Sozialversicherungen entnehmen, dass die Wahrscheinlichkeit ein Kind zu bekommen bei unselbstständigen Beschäftigten 2,5-mal so hoch ist wie bei selbstständig Beschäftigten.

Sowohl für Unternehmerinnen, als auch für deren selbstständige Partner:innen die sich der Kinderbetreuung widmen wollen, stellen die praxisfernen Regelungen zu Wochengeld und Kinderbetreuungsgeld ungerechtfertigte Hürden dar. Es braucht einen praxistauglichen und einfachen Zugang zu Unterstützungsleistungen für Eltern ohne Bedingungen wie der Ruhemeldung des Gewerbes oder der oft unzweckmäßigen Verpflichtung zum Einsatz einer Betriebshilfe.

Konkret braucht es Adaptierungen in folgenden Bereichen:

- Keine Verpflichtung zum Einsatz einer Ersatzarbeitskraft bei Bezug von Wochengeld

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



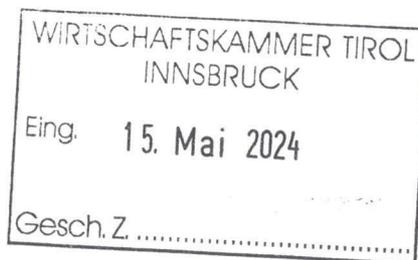
- Keine Ruhendmeldung des Gewerbes: Eine Ruhendmeldung ist für viele Unternehmerinnen keine praxistaugliche Lösung (z.B. führt die Ruhendmeldung bei Geschäftsführerinnen von Personen- oder Kapitalgesellschaften zu rechtlichen Schwierigkeiten für den operativen Weiterbestand des Unternehmens)
- Antragslose Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen für alle Formen der Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit Elternschaft bei voller Weiterversicherung
- Das Absehen von Ruhendmeldungen sowie die beitragsfreie Weiterversicherung verhindern in weiterer Folge den Anspruchsverlust auf Wochengeld für Unternehmerinnen, die während der Zeit des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld erneut schwanger werden. Aber auch Unternehmerinnen, die freiwillig für die Ruhendmeldung des Gewerbes und den Austritt aus der Pflichtversicherung optieren, sollen auch für die erneute Schwangerschaft während der Kinderbetreuungszeit Anspruch auf Wochengeld haben
- Überarbeitung der Zeiträume für die Abgrenzung von Einkünften während dem Bezug von Unterstützungsleistungen für Eltern

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft Tirol stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament beauftragt das Präsidium der WKT die Wirtschaftskammer Österreich dahingehend zu motivieren, sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesregierung sowie bei den Sozialversicherungen dafür einzusetzen,

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**



praxistaugliche Regelungen für die Elternschaft von Selbstständigen zu beschließen. Diese betreffen vor allem den Verzicht auf Ruhendmeldung oder Ersatzarbeitskraft, die beitragsfreie Weiterversicherung sowie die Abgrenzung von Einkünften während Bezug von Unterstützungsleistungen für Eltern.

Michael Carli, Delegierte zum Wirtschaftsparlament